



KLIMANEUTRALER BUNDESTAG



Eine überparteiliche Initiative des Think Tank 30

in Zusammenarbeit mit

Initiative für Nachhaltige Entwicklung - Jugendbündnis Zukunftsenergie
Nachhaltigkeitsnetzwerk 3plusX - Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Konzept: Klimaneutraler Bundestag

- Kurzfassung -

Klimaschutz steht ganz oben auf der politischen Agenda auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Auch in der Medienlandschaft ist zu spüren: Der Klimawandel erfährt immer breitere Aufmerksamkeit. Über Parteigrenzen hinweg wird von Entscheidungstragenden in Deutschland ein ambitionierter und konsequenter Klimaschutz angemahnt.

Gerade der Deutsche Bundestag ist gefordert, durch sein eigenes Beispiel zu zeigen, dass Klimaschutz machbar ist und sich lohnt. Die Glaubwürdigkeit der deutschen Klimapolitik sowohl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land als auch im internationalen Umfeld fußt wesentlich auch darauf, ob das Parlament seiner Vorbildrolle gerecht wird.

Die junge Generation ist von den Folgen des Klimawandels am härtesten und längsten betroffen. Sie muss ausbaden, was die heute verantwortlichen Entscheidungstragenden beschlossen haben. Zu einer generationengerechten und nachhaltigen Umwelt-, Energie- und Klimapolitik gehört, dass die politischen Entscheidungstragenden auch persönlich zeigen, dass sie sich ihrer Verantwortung für die nachrückenden Generationen bewusst sind.

Der Klimaneutrale Bundestag

Der *tt30*, die junge Denkfabrik des Club of Rome, setzt sich deshalb für einen Klimaneutralen Bundestag ein, unterstützt von der Initiative für nachhaltige Entwicklung und dem Jugendbündnis Zukunftsenergie. Durch effiziente Technologie, Verhaltensänderungen und den Ausbau erneuerbarer Energien sollen die Treibhausgasemissionen, die in Verbindung mit der Arbeit des Deutschen Bundestags anfallen, auf ein Minimum reduziert werden. Wir schlagen u.a. vor:

1. Gebäude

- Energetische Sanierung und Ausbau erneuerbarer Energien bei den Verwaltungsgebäuden des Deutschen Bundestags
- Umstellung des gesamten externen Strombezugs auf Ökostrom (statt bisher Vattenfall)

2. Bürobetrieb

- Umrüstung der Büros und Bürogebäude auf effiziente Technologie (Vermeidung von Stand-By, Einsatz von LED-Leuchten, Energiesteuerung bei Computern usw.). Unsere Initiative stellt gerne kostenfrei für alle Bundestagsbüros Steckerleisten zur Stand-By-Vermeidung zur Verfügung!
- Umstellung des Paketversands auf Klimaneutralität
- Beschaffung der öffentlichen Hand gemäß Nachhaltigkeitskriterien statt „Geiz ist geil“

3. Fahrbereitschaft

- Beachtung der Emissionswerte der Fahrzeuge als wesentliches Kriterium von hoher Priorität bei der nächsten Ausschreibung für die Fahrbereitschaft
- Zugriff auf die Fahrräder des Fahrrad-Leihsystems „Call A Bike“ der Deutschen Bahn
- Intensivere Schulung des Fahrpersonals in spritsparender Fahrweise

4. Dienstreisen

- Flugvermeidung überall, wo ohne Einbußen sinnvoll, z.B. durch Webkonferenzen und Nachtzüge; hierzu Nutzung z.B. des Programms „Clean Business Travel“ als Entscheidungshilfe
- Entrichtung von Abgaben zur Finanzierung von anspruchsvollen Klimaschutzprojekten, um so die unvermeidlichen Kohlendioxidemissionen durch Flugreisen zu kompensieren; entweder als freiwillige Abgabe der Abgeordneten in eigener Verantwortung, was z.B. über die Kostenpauschale oder das Sachleistungskonto möglich werden kann (ein Flug etwa für die Strecke Berlin-Saarbrücken erfordert Klimaabgaben von nur ca. sechs Euro, sodass die Kosten auch bei berufsbedingt häufigem Fliegen tragbar sein dürften), oder gemeinsam für alle Abgeordneten über einen neu zu schaffenden Haushaltstitel.

5. Kantinen

- Umstellung auf biologisch und regional erzeugte, fair gehandelte Lebensmittel in saisonaler Auswahl

6. Ausgleich der Restemissionen

- Kompensation der unvermeidlichen Restemissionen durch Investition in anspruchsvolle Klimaschutzprojekte auf Basis des Kyoto-Protokolls oder nach etablierten internationalen Standards (z.B. Gold Standard des WWF), möglichst jedoch in Klimaschutzprojekte in Deutschland

Bisherige Vorstöße für einen Klimaneutralen Bundestag

Die Initiative baut auf bereits bestehenden Vorstößen für einen Klimaneutralen Bundestag auf:

- Antrag „Einführung einer Klimaschutzabgabe bei Flugreisen“ bei Dienstflügen der Abgeordneten (Bt.-Drks. 16/4182), Januar 2007
- Antrag „CO2-Emissionen der Dienstwagenflotte des Deutschen Bundestages nachhaltig senken“ (Bt.-Drks. 16/4430), Februar 2007
- Empfehlung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, die CO2-Emissionen der Dienstreisen der Abgeordneten durch Investition in anspruchsvolle Klimaschutzprojekte zu kompensieren, die Nutzung von modernen Kommunikationsmitteln zu verstärken und die Flotte der Fahrbereitschaft auf den modernsten Stand der Technik hinsichtlich Verbrauch und Schadstoffemissionen zu bringen (A.-Dkrs. 16(16)256, vgl. auch A.-Drks. 16(16)303), Juni 2007
- Anregungen beim Direktor des Deutschen Bundestages zur Einführung von Energie- und Umweltführungen im Deutschen Bundestag, eine Anti-Standby-Kampagne und die emissionsorientierte Modernisierung des Fuhrparks, September 2007

Auch die deutsche Bundesregierung hat ihre Dienstreisen auf Klimaneutralität umgestellt (Beschluss vom Februar 2007) und hat sich damit der britischen Regierung sowie zahlreichen anderen Initiativen (z.B. „Green Goal“ während der Fußball-WM) angeschlossen. Das Bundespräsidialamt hat ebenfalls bereits Interesse bekundet.

Der Deutsche Bundestag wäre damit das erste klimaneutrale Parlament der Welt – mit einer Symbolkraft, die nicht unterschätzt werden sollte, und die ausstrahlen wird auf die vielfältigen Bemühungen für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und der Welt.



„Ja, das Parlament soll Vorbild sein!“

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

University of California

„Glaubwürdigkeit heißt, mit gutem Beispiel voran gehen, transparent und nachvollziehbar handeln. Das gilt auch für die Klimapolitik. Ich begrüße die Aktion zum klimaneutralen Bundestag.“

Dr. Volker Hauff

Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung und Bundesminister a.D.



Konzept: Klimaneutraler Bundestag

- Langfassung -

Klimawandel im Bundestag!

Deutschland beansprucht eine Vorbildrolle im Kampf um den Schutz des Erdklimas. Der Anstieg der Temperaturen sei eine der „größten Menschheitsherausforderungen“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Man könne dem Klimawandel „nicht tatenlos zusehen“. Es sei „Zeit zu handeln“, um die Erderwärmung einzudämmen. Manche gravierende Folgen für Mensch und Umwelt sind schon jetzt nicht mehr zu verhindern. Klimaschutz steht auf der politischen Agenda auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Auch in der Medienlandschaft ist zu spüren: Der Klimawandel erfährt immer breitere Aufmerksamkeit. Über Parteigrenzen hinweg wird von Politikerinnen und Politikern in Deutschland ein ambitionierter und konsequenter Klimaschutz angemahnt.

Das Nationale Klimaschutzprogramm der Bundesregierung von 2005 betont, dass „die öffentliche Hand [...] auch im Rahmen des Klimaschutzprogramms ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und bei den eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten systematisch auf den Aspekt der Klimarelevanz achten muss“ (Nationales Klimaschutzprogramm 2005, Sechster Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe, Bundestagsdrucksache 15/5931).

Neben der Bundesregierung kommt insbesondere dem Deutschen Bundestag und seinen Abgeordneten eine Vorbildfunktion zu. Gerade das Parlament und die Volksvertreterinnen und Volksvertreter stehen unter besonderer öffentlicher Aufmerksamkeit und in politischer Verantwortung: Sie sind gefordert zu zeigen, dass Klimaschutz machbar ist und sich lohnt. Die Glaubwürdigkeit der deutschen Klimapolitik sowohl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land als auch im internationalen Umfeld fußt wesentlich auch darauf, inwieweit das Parlament seiner Vorbildrolle gerecht wird. Erst durch persönliches Vorleben und praktischen Beweis der Machbarkeit wird ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft, ein „Klimawandel in den Köpfen“, erreichbar sein.

Die junge Generation ist von den Folgen des Klimawandels am härtesten und längsten betroffen. Sie muss ausbaden, was die heute verantwortlichen Entscheidungstragenden beschlossen haben. Zu einer generationengerechten und nachhaltigen Umwelt-, Energie- und Klimapolitik gehört, dass die politischen Entscheidungstragenden auch persönlich zeigen, dass sie sich ihrer Verantwortung für die nachrückenden Generationen bewusst sind.

Zusammen mit anderen Studierenden und jungen Leuten setzt sich deshalb der *tt30*, die junge Denkfabrik des Club of Rome, für einen Klimaneutralen Bundestag ein. Durch den Einsatz energieeffizienter Technologien, persönliche Verhaltensänderungen und den Ausbau erneuerbarer Energien sollen die Treibhausgasemissionen, die in Verbindung mit der Arbeit des Deutschen Bundestags anfallen, auf ein Minimum reduziert werden (nachfolgend ist von CO₂ die Rede, wobei äquivalent auch die anderen Treibhausgase wie Methan oder Lachgas einzuberechnen sind). Neben dem Energieverbrauch der Parlamentsgebäude selbst gehören hierzu auch der Energieverbrauch der Bürogebäude sowie der CO₂-Ausstoß des Fuhrparks und der Flugreisen. Zudem soll auch das Sortiment der Kantinen auf den Prüfstand, wo häufig energie- und ressourcenintensiv erzeugte Lebensmittel angeboten werden. Die Klimaneutralität wird schließlich erreicht, indem das Restminimum an nicht vermeidbaren Treibhausgasemissionen durch Investitionen in Klimaschutzprojekte an anderer Stelle bilanziell ausgeglichen wird.

1. Gebäude

Derzeitiger Stand:

Bereits bei der Planung der Neubauten des Parlaments im Vorfeld des Umzugs des Deutschen Bundestags von Bonn nach Berlin wurde bei einzelnen Elementen auf eine klimaschonende Energieversorgung geachtet:

“Bei den Neu- und Umbaumaßnahmen in Berlin sind nachdrückliche Anstrengungen durch die Bundesregierung zu unternehmen, um den Energieverbrauch vorbildlich zu senken.”
(Beschluss des Bundeskabinetts am 11. Dezember 1991)

“Die Planung der Hauptstadt Berlin – mit dem Umbau des Reichstagsgebäudes, den Neubauten im Spreebogen, den weiteren Regierungsbauten und den Wohnungsbauvorhaben des Bundes – ist eine einzigartige politische Chance für ein beispielhaftes Signal für umweltfreundliche Bauweise und Nutzung der Gebäude sowie für eine architektonisch integrierte Nutzung erneuerbarer Energien.”

(Beschluss der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Drks. 13/5156)

Die Parlamentsbauten (Reichstagsgebäude, Paul-Löbe-Haus, Jakob-Kaiser-Haus, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Kindertagesstätte) verfügen bereits über ca. 10.000 m² Photovoltaik-Anlagen zur solaren Stromerzeugung, ca. 1.500 m² Solarkollektoren zur solaren Wärmeengewinnung, zwei Anlagen zur solargestützten Kälteversorgung (2 x 92 kW Kälteleistung) sowie drei biodieselgefeuerte Blockheizkraftwerke (Leistung 3.700 kWel). Die Gebäude wurden in Niedrigenergiebauweise realisiert (25% geringerer Verbrauch als in der Wärmeschutzverordnung von 1995 vorgeschrieben), sodass der Energiebedarf der Gebäude relativ gering gehalten werden konnte. Die bei der Stromerzeugung der Blockheizkraftwerke im Sommer überschüssig anfallende Wärme wird in zwei Aquifer-Speichern im Grundwasser in Tonschichten etwa 60 Meter unterhalb der Parlamentsgebäude gespeichert, sodass die Wärme im Winter entnommen und zu Heizzwecken genutzt werden kann. Die regenerative Deckungsrate der Parlamentsbauten liegt damit bereits bei bis zu 80 Prozent.

Dieses Bewusstsein für die Erfordernisse einer nachhaltigen und klimaschonenden Energieversorgung gilt allerdings nur für die neu errichteten Parlamentsbauten selbst. Es gibt noch Sanierungsbedarf bei anderen Bürogebäuden der Bundestagsverwaltung. Darüber hinaus bezieht der Deutsche Bundestag in erheblichem Umfang Strom aus dem konventionellen Strommix des Versorgungsunternehmens Vattenfall AG.

Wir fordern:

1. Weiterer **Ausbau von erneuerbaren Energien** in den Bürogebäuden (Photovoltaik, Solarthermie, Blockheizkraftwerke) und energetische Sanierung der Gebäude.
2. Umstellung des externen Strombezugs auf **Ökostrom**. Auch der Gasverbrauch soll auf Biogas umgestellt werden.
3. Bei **Führungen „Klimawandel im Bundestag“** durch das Reichstagsgebäude werden die bereits verwirklichten technischen Möglichkeiten zum Klimaschutz vorgestellt (wie bislang bereits Architektur- und Kunstführungen). Die Umstellung des Bundestags auf Klimaneutralität soll durch auf diesen Aspekt zugeschnittene Führungen für Touristen und Fachpublikum mit Signalwirkung ausgestattet werden. Zusätzlich wären eigene Broschüren zum Thema und verstärkte Aufklärung durch den Besuchsdienst wünschenswert.

2. Bürobetrieb

Derzeitiger Stand:

Der Bezug für Büromaterial erfolgt derzeit über eine Büroausstattungsfirma, die in Folge einer Ausschreibung ausgewählt wird. Die Ausschreibungskriterien liegen uns nicht vor. Es wird zwar z.B. bereits Recyclingpapier verwendet, jedoch ist die öffentliche Beschaffung noch nicht durchgängig am Kriterium des Klima- und Ressourcenschutzes ausgerichtet, was insbesondere der haushälterischen Konzentration auf die bloßen Beschaffungskosten unter Vernachlässigung der gesamten Lebenszykluskosten geschuldet ist.

Insbesondere das Energiemanagement ist allerdings verbesserungswürdig. Häufig können Computer, Kopierer und andere Geräte nicht vollständig ausgeschaltet werden (Standby), wodurch unnötiger Stromverbrauch entsteht. Ungenutzte Flure und Räume bleiben teilweise auch abends oder über das Wochenende beleuchtet. Ferner werden noch herkömmliche Glühbirnen und Leuchtröhren verwendet anstatt Energiesparlampen oder LED-Leuchten, was ebenfalls einen ineffizienten Umgang mit Energie darstellt.

Wir fordern:

1. Die **Beschaffung von Büroausstattung** sollte durchgängig an Kriterien des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung ausgerichtet werden; die bisher haushälterisch übliche Betrachtung der

- bloßen Anschaffungskosten sollte auf stärkere Berücksichtigung der gesamten Lebenszykluskosten umorientiert werden. **Nachhaltige Beschaffung statt „Geiz ist geil!“**.
2. Das **Leitbild „Green IT“-Büro** sollte angestrebt werden: Energiesparlampen, Vermeidung von Standby, Abschalten oder Ausbau nichtgenutzter Peripheriegeräte (Scanner, USB-Sticks, alte Modemkarten usw.), Energiesteuerung bei Computern (z.B. automatische Bildschirmabschaltung statt rechenintensivem Bildschirmschoner), Wahl der effizientesten Geräte bei Neuanschaffungen usw.
 3. Eine **Anti-Stand-By-Kampagne** steht dringend an: Die Büros sollten mit Steckdosenleisten ausgestattet werden, sodass bei Verlassen des Büros alle Geräte mit nur einem Knopfdruck unkompliziert ausgeschaltet werden können. Auch eine Abschalt-Automatik bei Kopierern und Druckern wäre zu wünschen. Dies wäre mit minimalem Investitionsaufwand zu bewerkstelligen und würde die Stromkosten auf Dauer senken. Unsere Initiative stellt gerne kostenfrei für alle Bundestagsbüros Steckerleisten zur Stand-By-Vermeidung zur Verfügung, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom.
 4. Die **Lampen** können auf energieeffiziente LED-Leuchten umgerüstet werden, die Stromeinsparungen von bis zu 90 Prozent realisieren.
 5. Umstellung von **Paketsendung** auf Klimaneutralität: Bei der Versendung von Paketen kann bei der Post-Tochterfirma DHL die Option „GoGreen“ gewählt werden, bei der die DHL für einen Aufpreis von 10 Cent die während des Pakettransports entstehenden Kohlendioxid-Emissionen durch unternehmensinterne oder externe Klimaschutzmaßnahmen ausgleicht. Damit werden Solarenergieprojekte in Asien sowie Aufforstungen in Lateinamerika finanziert. Zur „GoGreen“-Initiative gehört auch der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben und Kraftstoffen.
 6. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einschließlich der Praktikantinnen und Praktikanten, sollten in **energiesparendem Verhalten** geschult werden. Es gibt in den Gebäuden bereits viele Verbrauchsmesser, deren Verwendung erlernt werden sollte.
 7. Verwendung von umweltfreundlichen, wiederverwert- bzw. wiederauffüllbaren Büromaterialien. Insbesondere konsequente Verwendung von Umweltschutzpapier und Überprüfung der Möglichkeiten, Druckvorlagen als Dateien im Computer zu bearbeiten anstatt sie auszudrucken (Intranet).

3. Fahrbereitschaft und Fuhrpark

Derzeitiger Stand:

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages können eine Fahrbereitschaft eines externen Dienstleisters nutzen, welche sie zu dienstlichen Terminen innerhalb Berlins fährt. Der Fuhrpark der Fahrbereitschaft besteht aus Dieselfahrzeugen der Mercedes-E-Klasse und der 5er-BMW-Reihe. Diese Modelle weisen hohe CO₂-Emissionswerte von 167 bis 185g CO₂ pro Kilometer auf. Diese hohen Emissionswerte sind mit ambitionierten Klimaschutzzielen und der Vorbildrolle des Parlaments nicht vereinbar: Die Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie sieht bereits ab 2008 einen Wert von 140g CO₂ pro Kilometer, ab 2012 einen Wert von 120g pro Kilometer vor. Daran sollte sich auch die Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages orientieren.

Wir fordern:

1. Bei der nächsten Ausschreibung für die Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages soll die Emissionshöhe der Fahrzeuge als wesentliches Kriterium von hoher Priorität beachtet werden. In Übereinstimmung mit der Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie sind hierfür Werte von 140g CO₂-Ausstoß pro Kilometer ab 2008 bzw. 120g CO₂-Ausstoß pro Kilometer ab 2012 vorzusehen. Diese Vorgaben sollten für externe Dienstleistungsunternehmen im Rahmen der Fahrbereitschaft ebenso gelten wie für eigene Neubeschaffungen der Bundestagsverwaltung. Angesichts der derzeitigen Performance kommt als deutscher Hersteller insbesondere Ford infrage, die eine vergleichsweise ordentliche Politik der CO₂-Reduktion gemacht haben und eine realistische Chance haben, ambitionierte Grenzwerte bis 2012 zu erreichen. Alle anderen deutschen Hersteller stehen schlechter dar. Daimler hat zwar seine Emissionen reduziert, liegt aber noch auf einem viel zu hohen Niveau. Zur Bewertung einzelner Modelle sei auf die Auto-Umweltliste des VCD verwiesen. (http://www.vcd.org/vcd_auto_umweltliste.html).
2. Den Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollte ein Zugriff auf die Fahrräder des Fahrrad-Leihsystems „Call A Bike“ der Deutschen Bahn eingerichtet werden, um so für kurze Dienstwege das Fahrrad nutzen zu können (www.callabike.de).
3. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fahrbereitschaft sollten regelmäßiger und intensiver als bisher in sparsamer Fahrweise geschult werden.

4. Dienstreisen

Derzeitiger Stand:

Viele Abgeordnete nutzen für Dienstreisen die Bahn. Allen Abgeordneten wird daher eine 1.-Klasse-Netzkarte der Deutschen Bahn gestellt, sodass die Bahn kostenlos genutzt werden kann. Für Dienstfahrten innerhalb Berlins steht die Fahrbereitschaft zur Verfügung (vgl. obige Ausführungen zur Fahrbereitschaft). Für viele Dienstreisen wird allerdings auch das Flugzeug genutzt, was sich aufgrund des begrenzten Zeitbudgets zwar teilweise nicht anders organisieren lässt, wobei sicherlich aber auch noch Vermeidungspotenzial besteht. Nur ein kleiner Teil der Abgeordneten entrichtet zum bilanziellen Ausgleich der Treibhausgasemissionen ihrer Flugreisen freiwillig Abgaben zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten.

Wir fordern:

1. Bei Dienstreisen ist auf **Flugvermeidung** Wert zu legen, z.B. durch Nutzung von Video-, Telefon- und Webkonferenzen (z.B. Skype oder Desktop-Systems der Telekom) oder von Nachtzügen. Hierfür sollten sowohl die Abgeordneten selbst als auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Verwendung und die Möglichkeiten dieser Alternativen informiert werden. Durch Verzicht auf Flugreisen können oft nicht nur Kohlendioxidemissionen, sondern auch Kosten, Zeit und Stress gespart werden. So ermittelte eine Studie des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) von 2003, dass in Unternehmen bis zu 20 Prozent der bei Dienstreisen geflogenen Personenkilometer durch moderne Kommunikationstechnologie reibungslos ersetzt werden können. Als Entscheidungshilfe, wann eine Flugreise ohne Qualitätsverluste ersetzt werden kann, kann das kostenlos nutzbare Programm „Clean Business Travel“ dienen (www.germanwatch.org/rio/cbt.htm). Die Ende 2008 vorliegenden Ergebnisse des Projekts „Umweltverträgliche Geschäftsreisen“ des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), gefördert durch das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt, werden weitere Unterstützung bieten können (www.vcd.org/geschaeftsreisen).
2. Nach der derzeitigen Rechtslage des Bundesreisekostengesetzes werden nur die notwendigen Reisekosten erstattet, was freiwillige **Klimaabgaben** der Abgeordneten nicht mit einbezieht. Um keinen zusätzlichen Haushaltstitel einführen zu müssen, sollte in Zukunft die Absetzung von Klimaabgaben über die Kostenpauschale oder das Sachleistungskonto möglich sein. Damit bliebe es auch in Verantwortung des einzelnen Abgeordneten, sich klimabewusst zu verhalten. Nachdem für einen Flug z.B. für die Strecke Berlin-Saarbrücken nur ca. sechs Euro an Klimaabgaben anfallen würden, wäre diese Abrechnung unter dem Sachleistungskonto auch bei häufigem Fliegen durchaus möglich, wie bereits einige Abgeordnete unter Beweis stellen. Alternativ kann der Ausgleich auch gebündelt durch einen entsprechend neu zu schaffenden Haushaltstitel gemeinsam für alle Abgeordneten erfolgen.

5. Kantinen

Derzeitiger Stand:

Die Kantinen werden von der Firma Dussmann betrieben. Nach Auskunft der Betreiber wird auf regionalen Anbau Wert gelegt. Es wird zudem täglich mindestens ein vegetarisches Gericht angeboten.

Wir fordern:

Das Angebot der Kantinen sollte vollständig auf biologisch und regional erzeugte sowie fair gehandelte Lebensmittel nach saisonaler Auswahl umgestellt werden. Denn: Ökologische Landwirtschaft kommt mit weniger Energieverbrauch und Treibhausgasen aus als konventioneller Anbau.

6. Ausgleich der Restemissionen

Trotz aller Effizienz- und Einsparbemühungen und der Nutzung erneuerbarer Energien verbleibt unvermeidlich ein Rest an Treibhausgasemissionen. Diese können durch Finanzierung von Klimaschutzprojekten an anderer Stelle zwar nicht faktisch kompensiert, aber rechnerisch bilanziell ausgeglichen werden. Hierfür bietet sich zunächst an, seriöse Vermittlungsagenturen von

Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern zu nutzen. Diese Vermittlungsagenturen investieren in internationale Projekte, die auf Basis des Kyoto-Protokolls (Clean Development Mechanism bzw. Joint Implementation) oder nach etablierten internationalen Standards (z.B. Gold Standard des WWF) zertifiziert worden sind.

Aus Gründen der Sichtbarmachung von Klimaschutzmöglichkeiten im eigenen Land ist jedoch die Überlegung geboten, die Emissionen nicht durch Projekte in weit entfernten Ländern, sondern durch Maßnahmen in Deutschland selbst auszugleichen. Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien in Deutschland sparen ebenfalls Treibhausgase ein und ziehen Aufmerksamkeit an, was die Vorbildfunktion verstärken würde.

Was bisher geschah...

Bisherige Initiativen für einen Klimaneutralen Bundestag

Im Januar 2007 wurde ein Antrag auf „Einführung einer Klimaschutzabgabe bei Flugreisen“ (Bt.-Drks. 16/4182) bei Dienstflügen der Abgeordneten gestellt.

Im Februar 2007 wurde der Antrag „CO₂-Emissionen der Dienstwagenflotte des Deutschen Bundestages nachhaltig senken“ (Bt.-Drks. 16/4430) eingebracht.

Im Juni 2007 sprach sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung über alle Fraktionen hinweg dafür aus, die CO₂-Emissionen der Dienstreisen der Abgeordneten durch Investition in anspruchsvolle Klimaschutzprojekte zu kompensieren, die Nutzung von modernen Kommunikationsmitteln zu verstärken und die Flotte der Fahrbereitschaft auf den modernsten Stand der Technik hinsichtlich Verbrauch und Schadstoffemissionen zu bringen (A.-Drks. 16(16)256, vgl. auch A.-Drks. 16(16)303).

Im September 2007 wurden beim Direktor des Deutschen Bundestags mehrere Maßnahmen angeregt, wie die Einführung von Energie- und Umweltführungen im Deutschen Bundestag, eine Anti-Standby-Kampagne und die emissionsorientierte Modernisierung des Fuhrparks.

Wer ist bereits klimaneutral?

Ähnliche bisherige Vorstöße anderer Akteure

Dienstreisen der deutschen Bundesregierung

Im Jahr 2006 wurde der in den Bundestag eingebrachte Antrag „Treibhausgasemissionen bei Dienstreisen ausgleichen – Vorbildfunktion der öffentlichen Hand erfüllen“ (Bt.-Drks. 16/1066), der die Bundesregierung zur weitmöglichen Substitution sowie zur Klimakompensation ihrer Flugreisen aufforderte, abgelehnt. Trotz Ablehnung des Antrags im Bundestag beschloss die Bundesregierung am 28. Februar 2007 aus eigener Initiative, ihre Dienstreisen (ausgenommen Bahnfahrten) ab 2007 klimaneutral zu stellen. Andere Institutionen wurden ausdrücklich aufgefordert, sich dem Vorhaben anzuschließen. Das Bundespräsidialamt hat bereits Interesse bekundet.

Umstellung der Flugreisen auf Klimaneutralität

Die britische Regierung kompensiert seit April 2006 die Emissionen ihrer Flugreisen mit Investitionen in Treibhausgasreduzierungen in Klimaschutzprojekten. Ebenso beschlossen viele andere Akteure, ihre Dienstflüge auf Klimaneutralität umzustellen, z.B. die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Im Rahmen ihrer Initiative „Green Goal“ hat sich auch die FIFA verpflichtet, die im Rahmen der Fußball-WM in Deutschland 2006 anfallenden CO₂-Emissionen von Flügen innerhalb Deutschlands durch Finanzierung von Klimaschutzprojekten zu kompensieren. Der Deutsche Evangelische Kirchentag 2007 in Köln hat seine Teilnehmer in den Ausgleich von Treibhausgasemissionen einbezogen.

Klimaneutrale Universität

Die Lüneburger Universität Leuphana hat bereits in der Vergangenheit durch Öko-Audits wiederholt Einsparpotenziale ermittelt und entsprechende Initiativen vorangetrieben. Die Universität will nun bis 2012 die erste klimaneutrale Universität Deutschlands werden: In einem Sechs-Stufen-Programm will sie ihren jährlichen CO₂-Ausstoß durch Energie-Effizienz und weniger Verkehr weiter erheblich senken, u.a. durch Sensibilisierung des Personals und der Studierenden (z.B. durch Angebot eines studienrelevanten Seminars zum Thema), Optimierung der Lüftungsanlagen, intelligente Heizungsverfahren und energiesparende Leuchten. Die Restemissionen in Höhe von 1209 Tonnen

Kohlendioxid werden durch Investition in ein Biomassekraftwerk in Indien ausgeglichen, bei dem Reishülsen als Brennstoff eingesetzt werden.

Klimaneutraler Lehrstuhl

Am Lehrstuhl für Umweltmanagement an der Universität Hohenheim wurden sämtliche energieverbrauchenden Prozesse, die im Zusammenhang mit dem Lehrstuhl ablaufen, erfasst: Anfahrt der Studierenden, Dienstreisen, Heizung, Laptops und Server, Wasserkocher in der Teeküche usw. Durch Fahrgemeinschaften, bessere Fensterdämmung, Drosselung der Heizung um ein Grad Celsius, Betankung eines der Autos der Mitarbeiter mit Pflanzenöl sowie weitere Maßnahmen konnte der Ausstoß an Kohlendioxid von insgesamt 36 Tonnen pro Jahr um immerhin mehr als vier Tonnen gesenkt werden. Die verbleibenden Emissionen werden durch ein Projekt für effiziente Öfen in Eritrea ausgeglichen.

Klimaneutraler Vatikan

Der Vatikan hat vor kurzem erklärt, dass er der erste klimaneutrale Staat der Welt werden möchte. Mit einem Maßnahmenpaket soll der Kohlendioxid-Ausstoß ausgeglichen werden: Durch Pflanzungen von Bäumen auf 7000 Hektar in Ungarn, ein Solardach auf der vatikanischen Audienzhalle und einen „ethischen und kulturellen Imperativ“, mit dem die Gläubigen überzeugt werden sollen, bei sich lokale Initiativen zum Klimaschutz zu starten.

Klimaneutrales Ministerium

Neuseelands Ministerpräsidentin Helen Clark plant die Erfassung sämtlicher CO₂-Emissionen der neuseeländischen Staatsinstitutionen. Sechs Ministerien haben sich inzwischen verpflichtet, bis zum Jahr 2012 die Klimaneutralität durch Aufforstungen zu erreichen.

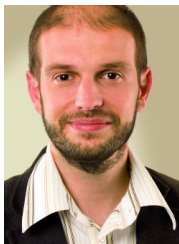
Stimmen zum Projekt aus dem Parlament



„Die „Initiative Klimaneutraler Bundestag“ des *Club of Rome / Think Tank 30* wurde mir in meinen Büroräumen persönlich vorgestellt. Als Ingenieur ist mir insbesondere daran gelegen, die Energieeffizienz in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages zu optimieren und Energieeinsätze durch intelligente Technologien – wo möglich – zu reduzieren. Die Kantinen und Restaurants des Deutschen Bundestages sollten darüber hinaus eine Vorreiterrolle einnehmen, in dem sie durch den Einsatz heimischer Produkte und Zutaten einen ganzheitlichen Ansatz der Ressourcenschonung verfolgen.“

Hans-Peter Thul MdB

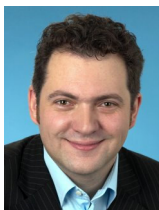
Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich „Energie“ im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



"Als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion unterstütze ich die Initiative „Klimaneutraler Bundestag“ von tt30. Wir, die politisch Handelnden, sollten nicht allein nur von anderen Klimaschutzmaßnahmen einfordern, sondern müssen als Vorbilder vorangehen. Wir sind aufgerufen, durch unser Handeln das Bewusstsein für den Klimawandel in der Bevölkerung zu schärfen und zu verdeutlichen, dass auch einfache Schritte im Alltag eines Jeden schon Wirkungen haben können. Ich begrüße es, dass tt30 eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen vorschlägt, von denen sich einige schnell umsetzen lassen."

Marco Bülow MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



„Nachhaltige Entwicklung ist in den vergangenen Jahren zu einem Schlagwort geworden, das zum Teil inflationär gebraucht wurde. Um von einem nachhaltigen Projekt sprechen zu können, müssen aber zentrale Anforderungen an erfüllt sein: Wie wirkt es sich auf Umwelt und Klima aus? Ist es generationengerecht und berücksichtigt es die demographische Entwicklung? Und werden diese Aspekte erreicht ohne sie auf Kosten anderer zu realisieren? Kurzum: Im Idealfall profitieren jetzt und zukünftig alle Betroffenen von dem Vorhaben.“

Horst Meierhofer MdB

Umweltpolitischer Sprecher der FDP Bayern



„Der Deutsche Bundestag muss ein leuchtendes Beispiel für den Klimaschutz sein. Nur wenn wir Repräsentanten des Volkes selbst als Vorbilder voranschreiten, gelingt auch der gesellschaftliche Kampf gegen den Klimawandel! Erste gute Schritte sind getan: Der Bundestag nutzt Sonnenenergie, Erdwärme und Biomasse. Doch es gibt noch viel zu tun: Wir müssen den Energieverbrauch und unsere Emissionen senken. Die Kampagne „Klimaneutraler Bundestag“ ist eine hervorragende Initiative junger, aktiver Menschen, bei der alle Bundestagsabgeordnete mithelfen sollten.“

*Renate Künast MdB
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen*



„Ich unterstütze die Initiative „Klimaneutraler Bundestag“ aus vollem Herzen. Jeder kann einen Beitrag leisten. Wir Abgeordneten können mit gutem Beispiel vorangehen.“

*Michael Bürsch MdB (SPD)
Vorsitzender Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“*



"Diese Initiative findet unsere volle Unterstützung. Wichtig ist, dass wir auch im Parlament Klimaschutz vorleben und damit immer mehr Menschen zum Handeln im Sinne des Klimaschutzes animieren."

*Dr. Matthias Miersch MdB
Nachhaltigkeitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*



"Die Initiative von tt30 ist vorbildlich und ich unterstütze in vollem Umfang. Es ist notwendig, dass der Deutsche Bundestag seine Vorbildfunktion wahrnimmt. Die Umweltarbeitsgruppe der SPD Fraktion fordert seit Monaten den Ausgleich von Reisen mit dem Flugzeug und dem PKW von mandatsbedingten Reisen. Zumindest dieses Ziel muss kurzfristig umgesetzt werden."

*Frank Schwabe MdB
klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Wer wir sind



Think Tank 30 (tt30) des Club of Rome

Die Initiative wird durchgeführt vom „Think Tank 30“ (tt30), der jungen Denkfabrik des Club of Rome. Der tt30 ist ein unabhängiges, eigenständiges und überparteiliches Netzwerk junger Menschen unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft Club of Rome e.V. Der tt30 ist den Grundsätzen des Club of Rome und damit einem umfassenden, globalen und langfristigen Lösungsansatz für die Herausforderungen unserer Zeit verpflichtet.

www.tt30.de

Unterstützer



Initiative für nachhaltige Entwicklung

Die Initiative für nachhaltige Entwicklung ist ein Team von Studierenden und jungen Absolventen mit dem Anliegen, die Auseinandersetzung mit dem Leitbild Nachhaltige Entwicklung zu befördern.

www.nachhaltigkeitsinitiative.de



Jugendbündnis Zukunftsenergie

Das Jugendbündnis Zukunftsenergie ist ein Zusammenschluss der BUNDjugend, der Naturschutzjugend (NAJU), der Naturfreundejugend, der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB), dem Jugendnachhaltigkeitsnetzwerk YOIS sowie nicht verbandlich organisierten Jugendlichen, die gemeinsam für eine Abkehr von fossilen und atomaren Energien hin zu einer Vollversorgung aus erneuerbaren Energien eintreten.

www.zukunftsenergie.org



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist ein gemeinnütziger Think-Tank für Generationengerechtigkeit. Sie wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Sie setzt sich dafür ein, dass nachrückende Generationen mindestens die gleichen Chancen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse bekommen wie frühere Generationen.

www.srzg.de



3plusX

3plusX ist ein interdisziplinäres Netzwerk für Berufstätige, die sich mit nachhaltiger Entwicklung befassen. 3plusX bietet eine Plattform, sich zu vernetzen, inhaltlich auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu initiieren und durchzuführen.

www.3plusx.net

Die Initiative ist für weitere Partner aus dem Bereich studentischer und jugendlicher Organisationen und Gruppen offen.

Kontakt

Initiative Klimaneutraler Bundestag
Wolfgang Gründinger
Derfflingerstr. 21
10785 Berlin
Tel. 0176-20792394
gruendinger@googlemail.com

www.klimaneutraler-bundestag.de

Bildnachweise:

http://www.generationengerechtigkeit.de/images/stories/forschung/reichstag_2.jpg

http://www.rothe-europa.de/uploads/_infobox/co2_logo.jpg

http://tbn0.google.com/images?q=tbn:t5GCQ2GuAmFXHM:http://webarchiv.bundestag.de/archive/2005/0825/parlament/gremien15/a15/bilder/a15_bild_Weizsaecker.jpg

http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.augie.edu/news/images/Gore_AI.jpg&imgrefurl=http://www.augie.edu/news/presrel/2006/dec/gen1_1.htm&h=1359&w=1200&sz=419&hl=de&start=10&sig2=jX9-3OGHW11SnYeXGlpdsw&um=1&tbnid=2TwrBDLf5iwnyM:&tbnh=150&tbnw=132&ei=Ck5LR5XTLIS4wgG58JHtCg&prev=/images%3Fq%3DAI%2BGore%26svnum%3D10%26um%3D1%26hl%3Dde%26sa%3DG

Ein Konzeptpapier auf wissenschaftlicher Basis.

V.i.S.d.P.: Wolfgang Gründinger, Club of Rome (tt30), Am Sandtorkai 62, 20457 Hamburg